Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 301. **Sonnabend** den 28. October 1882. **76. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 29. October,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Erledigt hat sich unsere den Steinmetz **Franz Oscar Müller** aus Rötha betreffende Bekanntmachung vom 21. August dss. Js. durch Gestellung desselben.

Leipzig, am 26. October 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.
Junck, Pol.-Rath. Rdr. Faldix.

Nichtamtlicher Theil.

Englands Politik in Egypten.

Die Erklärungen, welche Gladstone in der ersten Sitzung des Unterhauses nach der Vertagung in Bezug auf Egypten abgegeben hat, lassen sich dahin zusammenfassen, daß er über Das, was er in Egypten zu thun gedenkt, Schweigen bewahren will. Daß die Stellung Englands in Egypten heute eine andere und bequemere ist als vor sechs Monaten, bedurfte keiner ausdrücklichen Versicherung, ebenso, daß die Verhältnisse trotzdem sehr delicater und schwieriger Natur sind. Dadurch sollte „auch nur das angekündigte Schweigen der Regierung motivirt werden und für ihre Anhänger wird das auch genügen. Weniger leicht ist die Opposition zufrieden zu stellen und deshalb hat denn Gladstone dem Führer derselben gesagt, daß er ihm Gelegenheit geben wolle, die Regierung anzugreifen und zu dem Ende soll dem Hause eine Sammlung der diplomatischen Schriftstücke über die egyptische Politik vorgelegt werden, welche die Zeit vom 13. Juni bis zum 17. September umfaßt. Der englische Premierminister hat damit die Wißbegierde Lord Northcote's so weit befriedigt, als er sie überhaupt zu befriedigen beabsichtigt. Aus dem diplomatischen Schriftenwechsel erfährt die Opposition, daß die deutsche Regierung am 31. Juli sich geweigert hat, England und Frankreich ein Interventions-Mandat für Egypten zu ertheilen, andererseits aber sich bereit erklärte, England ihre moralische Unterstützung zu leihen. Also, mit anderen Worten, nichts zu unternehmen, um die englische Action zu hindern. Fürst Bismarck begründet seine Weigerung, das Mandat zu ertheilen, durch den Wunsch, dem Streit dadurch nicht eine größere Ausdehnung zu geben und ihn nicht in einen Krieg zwischen Christen und Muhamedanern zu verwandeln.

Innerhalb dieser Begrenzung werden sich also die Antworten bewegen, welche Gladstone und Granville auf die Fragen Northcote's und Salisbury's zu geben gesonnen sind. Eigentlich Neues ist auch durch diese specielle Mittheilung über die Verhandlungen, welche zwischen der englischen und deutschen Regierung geschwebt haben, nicht bekannt geworden, denn daß die Conferenzmächte sich weigerten, England und Frankreich ein Mandat zur Intervention in Egypten zu ertheilen, hat schon Freycinet am Tage seines Rücktritts der französischen Deputirtenkammer eröffnet. Neu ist nur, daß der Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands England die moralische Unterstützung dieser Macht für ein bewaffnetes Einschreiten in Egypten zugesagt hat. Am 31. Juli war das Bombardement und die Plünderung Alexandriens längst vorüber, damals handelte es sich lediglich um die Besiegung Arabi's, und diese hat England erst unternommen, nachdem es sich der moralischen Unterstützung des Fürsten Bismarck versichert hatte. So schmeichelhaft diese Thatsache auch für den Einfluß ist, welchen die englische Regierung der deutschen auf ihre Entschließungen einräumt, so ist doch die Art, wie diese Thatsache zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, und der Zeitpunct, in welchem diese Mittheilung geschieht, offenbar so gewählt, daß dadurch die Verantwortung für die kriegerischen Ereignisse in Egypten nach dem 31. Juli theilweise auf die deutsche Regierung gewälzt werden soll. Es ist das eine neue und eigenthümliche Art, einer Großmacht für eine Politik, deren Verantwortung ihr allein zufällt, bei einer anderen Macht Rückdeckung zu suchen. Als Lord Seymour den Auftrag erhielt, Alexandrien zu bombardiren, hat Lord Granville nicht beim Fürsten Bismarck angefragt, ob er auch nichts dagegen habe, wenn die neuen Schiffskanonen probirt würden, als es aber darauf ankam, die aus diesem Anfange sich ergebenden Folgen zu bekämpfen, erinnerte sich England plötzlich, daß es für alle Fälle gut sei, sich die Unterstützung einer auswärtigen Macht zu sichern.

England hat in neuester Zeit unverkennbare Zeichen der Absicht gegeben, Deutschlands Einfluß in Konstantinopel zu brechen und die Türkei auf seine Seite hinüber zu ziehen. Zu diesem Zweck mußte Said Pascha sein Reformproject dem Sultan vorlegen; zu dem gleichen Zweck wurde den Versicherungen des Sultans, daß er für England unwandelbare Freundschaft hege, die weiteste Verbreitung gegeben und jetzt nimmt wiederum unter den Actenstücken, welche dem Parlament vorgelegt werden, der Schriftwechsel mit der deutschen Regierung über das England zu ertheilende Mandat in Egypten die hervorragendste Stelle ein. Durch dieses Verfahren wird die wahre Sachlage in Egypten verschoben, denn das Hauptbestreben der deutschen Politik war von Anfang an darauf gerichtet, die bestehenden Verträge aufrecht zu erhalten und die Freiheit der Benutzung des Suezcanals für alle befahrenden Nationen zu sichern. Durch die Tactik der englischen Regierung wird dem Irrthum Vorschub geleistet, als habe Deutschland der englischen Actien in Egypten nicht nur seine Sympathien, sondern auch seine Unterstützung zugewandt.

Es ist bekannt, daß die deutsche Regierung der türkischen Intervention in Egypten das Wort geredet hat, und erst als der Sultan sich weigerte, die Ordnung in Egypten wieder herzustellen, gab Fürst Bismarck durch den deutschen Botschafter in London die Erklärung ab, daß die Bemühungen Englands, die Ordnung in Egypten wieder aufzurichten, der deutschen Zustimmung sicher seien. Es kommt also für diese wichtige Thatsache darauf an, festzustellen, zu welcher Zeit diese Erklärung abgegeben wurde und ferner, was vorangegangen war. Diese beiden sehr wesentlichen Momente werden durch die telegraphische Mittheilung über die Eröffnungssitzungen des englischen Parlaments und durch den Auszug aus dem diplomatischen Material verwischt, und es bleibt als Gesammteindruck nur übrig, daß die Verantwortung für den englischen Feldzug in Egypten auf Deutschland fällt. Nichts kann falscher sein als dies. England allein hat die Verantwortung für Das zu tragen, was in Egypten seit dem 11. Juli geschehen ist, Deutschland ist daran in keiner Weise betheiligt.

Gladstone legt ja selbst den Nachdruck darauf, daß England die Entscheidung über die Zukunft Egyptens jetzt weit mehr in der Hand habe als vor sechs Monaten, als es noch in externer Weise durch Verpflichtungen gehindert gewesen sei. Diese Verpflichtungen hat es aber nicht gegen Deutschland gehabt, sondern gegen die Türkei und gegen Frankreich; allerdings befindet sich England heute diesen beiden Mächten gegenüber in einer weit günstigeren Lage als vor dem 29. Juli. Bis zu diesem Tage war England noch auf die Mitwirkung Frankreichs bei seiner Action gegen Egypten angewiesen; nahm die Deputirtenkammer die Regierungsvorlage, welche einen Credit für den Schutz der Franzosen im Suezcanal verlangte, an, dann waren England die Hände gebunden, es konnte z. B. nicht, wie geschehen, am 20. August vom Suezcanal und allen an seinen Ufern irgend in Betracht kommenden Puncten Besitz ergreifen. Als der französische Admiral Conrad mit der Flotte nach Port Said abgegangen war, da hatten Wolseley und Seymour freies Fahrwasser, um den kühnen Coup vom 20. August auszuführen und daran reihten sich dann die übrigen militärischen Vorbereitungen zu Lande, deren Ziel die Eroberung Egyptens nach Besiegung Arabi's war. Zur Erkenntniß dieser Thatsachen ist es nöthig, sich den Sachverhalt klar vor Augen zu halten, um den Verdunklungsversuchen gegenüber gerüstet zu bleiben. Daß Englands Politik in Egypten noch heute nicht von jeder Furcht vor der Kritik befreit ist, beweist das Verhalten Gladstone's in der Unterhaussitzung vom 24. October, das bezeugt vor allen Dingen die Auswahl der Schriftstücke der diplomatischen Correspondenz aus der entscheidenden Zeit des egyptischen Feldzuges. — „Die bestehenden Beziehungen sind allerdings sehr delicater und schwieriger Natur und deshalb kann es einen systematischen Plan vor Abfauf der Seffion nicht vorlegen" — mit dieser Schlußerklärung des Ministers Gladstone ist hinreichend dargethan, wie die Sachen stehen.

Leipzig, 28 October 1882.

In den neuerdings vom „Württembergischen Staatsanzeiger" gemachten Veröffentlichungen über die dortigen Verhandlungen wegen der Briefmarkenfrage ist von Interesse, daß einer der dabei in Frage stehenden Mißstände einmal einen zahlenmäßigen Ausdruck erlangt. Im letzten Rechnungsjahre wurden in Württemberg 830 Postkarten mit Reichsmarken und 77 mit bairischen Marken aufgegeben und, da derartige Karten als nicht frankirt betrachtet werden, gemäß der Postordnung nicht befördert. Man wird annehmen dürfen, daß die in dem größeren und von Bewohnern des Reichsmarkengebiets, namentlich zur Sommerszeit noch mehr bereisten Baiern vorkommenden Fälle nicht allein absolut, sondern auch relativ noch weit zahlreicher sind. Nürnberg und Baireuth werden aus dem letzten Sommer wohl einen recht ansehnlichen Posten derartiger Maculatur aufzuweisen haben. Da sollte man sich doch hüten, zu behaupten, wie das in bairischen und württembergischen Blättern häufig geschieht, daß die Bedeutung des Uebelstandes übertrieben werde! Es ist einfach eine Ungeheuerlichkeit, ein wahrhaft unerträglicher Zustand, daß in Deutschland alljährlich Tausende von dreistellen Mittheilungen von der Post absichtlich nicht befördert werden. Daß es sich dabei nur um „Karten" handelt, ändert nichts an der Sache. Der Reisende vertraut der Karte sehr häufig die wichtigsten Dinge an, weil ihn die Zeit drängt und anderes Material ihm unterwegs nicht zu Gebote steht. Die Strafe für geographische und staatsrechtliche Unwissenheit, welche in der Nichtbeförderung der Postkarten liegt, ist für den Reichsbürger hart, für den Ausländer geradezu grausam. Wir meinen, nachdem diese Angelegenheit einmal ernstlich angeregt ist, ist eine schleunige Abhilfe schlechterdings unumgänglich. Württemberg ist ja denn auch dazu geneigt, und das Reich wird, soweit eine Abänderung der Postordnung erforderlich ist, sicherlich keine Schwierigkeiten machen. Daß Württemberg auch im Puncte der einheitlichen Briefmarke oder der Freizügigkeit der verschiedenen Postwerthzeichen jetzt schon zu Concessionen bereit sein würde, konnte freilich Niemand, der die dortige Stimmung kennt, erwarten. Herr v. Mittnacht fürchtet für die finanzielle Selbstständigkeit der württembergischen Postverwaltung. Wir unsererseits bleiben bei der Behauptung, daß die Befürchtung in der Sache selbst unbegründet ist. Das letztere Motiv wird wohl rein politisch-particularistischer Natur sein. Es ist zwecklos, darüber zu streiten. Ein Rückblick auf die Vergangenheit aber könnte Herrn v. Mittnacht belehren, wie es auf die Dauer unmöglich ist, wirklichen Bedürfnissen des Verkehrs die Befriedigung vorzuenthalten. Er selbst ist denn auch, wie es scheint, wohl nicht abgeneigt, wenigstens den gegenseitigen Umtausch der Marken bei den Postämtern zuzulassen, so daß also die Ausgleichung kleinerer Geldforderungen vermittelst Briefmarken durch ganz Deutschland möglich wäre. Aber überaus charakteristisch sind die Einwendungen, welche der Generaldirector der württembergischen Postverwaltung, Herr v. Hefacker, dagegen machte. Er befürchtet eine zu große Belästigung der Postämter und eine zu starke Versuchung der Beamten zu Unterschlagungen! Die Württemberger werden auf diese eigenthümliche Selbstkritik ihrer Post schwerlich stolz sein. Im Uebrigen meinen wir, wenn man keine durchschlagenderen Bedenken hat, so wird auch diese Umtauschfrage wohl zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden können.

Der Herzog von Braunschweig ist leider in recht geschwächtem Zustande nach Braunschweig zurückgekehrt. Die eigentliche Krankheit, die Herzog Wilhelm befiel, ist zwar als gehoben zu betrachten, allein sie hat eine Entkräftung zurückgelassen, welche bei dem nunmehr 76jährigen Fürsten recht bedenklich erscheint und die Erbfolgefrage immer wieder in den Vordergrund treten läßt. Von der von einigen Zeitungen gebrachten Nachricht, daß der Herzog von Cumberland durch seinen Schwiegervater, den König von Dänemark, beeinflußt, den Plane, sich durch Verzicht auf die Erbfolge in Hannover den braunschweigischen Thron zu sichern, jetzt mehr zuneige, als jemals vorher, ist in maßgebenden Kreisen nicht das Mindeste bekannt.

* * *

Die Ansprache des Präsidenten der österreichischen Delegation, Smolka, beim Empfange durch den Kaiser Franz Josef, gab der unwandelbaren Treue, Anhänglichkeit und Ergebenheit für den Kaiser und das kaiserliche Haus, sowie der Bereitwilligkeit Ausdruck, den unabweislichen Anforderungen zur Wahrung einer achtunggebietenden Stellung der Monarchie, zur Schaffung der sichersten Gewähr für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens durch Instandhaltung und Steigerung der Wehrfähigkeit und Schlagfertigkeit der tapferen Armee, welche durch die Wiederherstellung der Staatsautorität an der Südgrenze ein Anrecht auf die unverzügliche Dankbarkeit des Reiches erworben habe, nachzukommen. Die Delegation hoffe, die Interessen der Steuerträger des Reiches hiermit in gerechten Einklang bringen zu können und damit den hochherzigen Intentionen des Kaisers zu entsprechen. Ludwig Tisza, Präsident der ungarischen Delegation, sprach das Vertrauen aus, die Regierung werde verbindern, daß die weitere Entwickelung der Weltereignisse eine für die Monarchie ungünstige, schädliche Richtung nehme; daß sie auch fernerhin den Frieden bewahren werden, dessen die Monarchie bedürfe, um den gesteigerten Anforderungen an den Culturstaat zu entsprechen und das Gleichgewicht im Staatshaushalte ohne größere Belastung der Steuerträger herzustellen, was außer der wachsamen Fürsorge für die Monarchie das eigentliche Ziel für die Legislative und die Regierung bilde. Tisza betonte mit warmen Worten die Treue der Ungarn, welche zu den weitgehendsten Opfern bereit seien, wenn die Vertheidigung des Thrones und des Vaterlandes dies erheischen sollte. Der Kaiser hob in seiner Antwort auf diese Ergebenheitsansprachen mit lebhafter Befriedigung hervor, daß die auswärtigen Verhältnisse der Monarchie durchaus erfreuliche seien. Die erfolgreiche Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Mächten im Sinne der Erhaltung und Sicherung des Friedens bilde die wesentliche Aufgabe seiner Regierung. In der egyptischen Frage, welche in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Mächte andauernd beschäftigt habe, sei die Regierung bemüht gewesen, die Versuche einer gegenseitigen Verständigung zu fördern und im Verein mit den befreundeten Cabineten die gemeinsamen europäischen Interessen, in denen auch die Interessen Oesterreich-Ungarns eingeschlossen seien, zur Geltung zu bringen. Daß es der Weisheit und Mäßigung aller betheiligten Regierungen bisher möglich geworden sei, die Einigkeit Europas vor jeder Gefährdung zu bewahren, dürfe als eine werthvolle Bürgschaft für die befriedigende Regelung eines endgiltigen Abschlusses der egyptischen Frage betrachtet werden. Es liege im Geiste des von den Delegationen gebilligten Vertheidigungssystems, wenn nunmehr zur Steigerung der Kriegsbereitschaft des Heeres die weitere Entwickelung der bestehenden Heeresformationen im Sinne einer möglichst territorialen Corpsbildung durchgeführt werde. Zur Bestreitung der betreffenden Auslagen sei eine nur verhältnißmäßig geringe Summe erforderlich. Die Nothwendigkeit einer Erhöhung des ordentlichen Heereserfordernisses sei nicht eingetreten. Die Unruhen in Bosnien und in der Herzegowina, sowie in Dalmatien seien durch das energische Eingreifen der Truppen bewältigt, zur Sicherung der öffentlichen Ordnung sei jedoch noch während einiger Zeit die Anwesenheit einer größeren Truppenzahl erforderlich. Mit der Unterdrückung des Aufstandes sei zwar die Pacification noch nicht vollendet, zu ihrer vollständigen Durchführung seien jedoch nicht die geeigneten administrativen Maßregeln angebahnt. Dessen ungeachtet nehme die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina auch dieses Mal die Finanzen der Monarchie nicht in Anspruch. Der Kaiser betonte schließlich, wie er hoffe, daß die Delegationen die Vorlagen gewissenhaft prüfen und bemüht sein würden, ebenso wie die Regierung, die Rücksichten auf die Finanzlage mit den Ansprüchen auf die Machtstellung der Monarchie in Einklang zu bringen; er rechne mit Zuversicht auf die patriotische Unterstützung der Regierung durch die Delegationen.

Das den Delegationen vorgelegte Budget über die bosnische Civilverwaltung für 1883 weist ein Erforderniß von 7,039,509 fl. und eine Bedeckung desselben mit 7,217,819 fl. auf, so daß sich ein Ueberschuß von 178,010 fl. ergiebt. Das Erforderniß der Centralleitung beträgt 150,700 fl., das der inneren Verwaltung 2,778,811 fl. (worunter sich 239,500 fl. für das Straßenwesen, 162,503 fl. für den Fuhrwesen, 91,889 fl. für den Unterricht, 251,034 fl. für das Militairwesen und 1,114,475 fl. für die Gendarmerie befinden), dasjenige der Finanzverwaltung 3,488,048 fl. und dasjenige endlich der Justizverwaltung 621,350 fl. Die Einnahmen sind folgendermaßen veranschlagt: an Zehent 2,250,800 fl., an Einkommen- und Hauszinssteuer 600,000 fl., an Kleinviehsteuer 247,000 fl., an Ausschanksteuer 50,000 fl., an Zoll 702,000 fl., an Tabaksteuer 1,896,000 fl., an Salzsteuer 867,135 fl., an Verzehrungssteuer 43,000 fl., an Stempeln und Gebühren 300,000 fl., an Einnahmen aus dem Montanwesen 7366 fl., an Pacht von Staatsgrundstücken 4165 fl., an Mautgebühren 23,000 fl., an Einnahmen der Landesdruckerei 47,400 fl., an Einnahmen endlich aus dem Pulververkauf 350 fl., zusammen 7,037,419 fl. Hierzu kommen an eigenen Einnahmen der inneren Verwaltung 180,400 fl.

Wie aus Cattaro gemeldet wird, hat es den Anschein, daß in der Herzegowina, während des Winters, der Aufstand abermals ausbrechen soll. Die verwegenen Bandenführer, zumal der Serbe Wuko Jowanitsch, der Mohamedaner Omer Sutschitsch und der Herzegowiner Klijakitsch lassen bereits von sich hören. Letzterer, der verwegenste von allen, überfiel jüngst, unfern der montenegrinischen Grenze, eine österreichische Streifabtheilung, welche gegen die ihr an Zahl überlegenen Insurgenten einen furchtbaren Kampf, theils mit blanken Waffen, zu bestehen hatte. Sechs österreichische Soldaten wurden getödtet, während die Insurgenten zwei Todte und fünf Verwundete zählten. — Die Aufständischen sind zumeist mit vorzüglichen Martini-Gewehren bewaffnet und reichlich mit der dazu gehörigen Munition versehen.

In Belgrad, sowie im Innern Serbiens haben in Folge des Attentats neue Verhaftungen stattgefunden, welche jedenfalls beweisen, daß man es nicht mit einer bloßen Privatrache zu thun habe. Diese neuen Verhaftungen beziehen sich in Belgrad auf Herrn Nikolitsch, Redacteur des großserbischen Oppositionsblattes „Verba", Professor Werkowitsch sammt Frau und den Kaufmann Mohatschanin. In Kragujewatz und Jagodin sind die früheren Skupschtina-Abgeordneten Bogitsch und Pawlowitsch, beide der radicalen Partei angehörig, verhaftet worden. — Ueber Helene Markowitsch und das Attentat werden noch immer weitere Einzelheiten bekannt. Erstere ist, durch die Familie Waitsch, mit dem serbischen Königshause entfernt verwandt. Sie schoß in der Kirche auf die geringe Entfernung von nur drei Schritten auf den König. Der Schuß ging jedenfalls blos aus dem Grunde fehl, weil der Abdruck des Revolvers für eine Frau einige Kraftanstrengung erforderte, wodurch selbstverständlich die Richtung des Geschosses eine ungewisse werden mußte. In der Wohnung der Attentäterin wurde Munition und zumal viel Schießbaumwolle gefunden. Sie hat zwei Tage vor der Ausführung des Verbrechens dem radicalen Agitator, Kosta Tanschanewitsch, 2000 Ducaten zu Parteizwecken übergeben. — Nach dem Attentate befand sich die ganze Garnison Belgrads in den Kasernen in Bereitschaft. Eine theilweise Bereitschaft besteht noch gegenwärtig. — Ein Schreiben aus Belgrad, welches über die serbischen Verhältnisse gut unterrichtet ist, behauptet, der Attentatsprocess werde, falls er öffentlich geführt wird, jedenfalls der sensationellste sein, der seit langer Zeit Europa in Erstaunen versetzte.

Selbst die besonneneren französischen Blätter können sich nicht mehr der Besorgniß erwehren, daß die tumultuarischen Vorgänge, die sich gegenwärtig in zahlreichen Arbeitercentren vollziehen, wenn auch nicht unmittelbar die herrschenden republikanischen Institutionen gefährden, so doch das Vertrauen des ruhigen Theiles der Bevölkerung erschüttern müssen. Die Maßlosigkeit der Sprache, welche in den anarchistischen Versammlungen geführt wird, in Verbindung mit den Ereignissen in Monceau-les-Mines, in Lyon, in Saint-Etienne und anderwärts erhärtet, daß die Regierung auf ihrer Hut sein muß, wenn anders sie nicht durch eine Katastrophe überrascht werden will. Die Meldung des gambettistischen Journals „Paris", die Regierung sei im Besitze aller Fäden einer großen revolutionären Organisation, welche durch Bezirksverbände über ganz Frankreich verbreitet sei, und deren leitendes Comité in Genf seinen Sitz habe, läßt andererseits darauf schließen, daß das Gouvernement die drohende Gefahr nicht unterschätzt. Freilich darf auch nicht außer Betracht bleiben, daß wie die Monarchisten auch die Gambettisten ein gewisses Interesse daran haben, die ohnehin düstere Situation noch bedenklicher erscheinen zu lassen; die Einen um den „Roy", die Andern, um Gambetta als den einzigen Gesellschaftsretter der Zukunft darzustellen.

Der Pariser „Temps" meldet die Demission Floquet's als Seine-Präfekten mit dem Hinzufügen, daß die Demission von der Regierung angenommen sei. Der Ministerrath billigte das Verfahren der richterlichen Behörde in Chalons, welche den Proceß der Angeschuldigten in der Angelegenheit von Monceau-les-mines vertagte. Der Proceß wird vor einem anderen Schwurgerichtshofe beschleunigt verhandelt werden, damit die Haft der Angeschuldigten nicht verlängert werde. — Der „Télégraphe" glaubt, daß Desmichels zum Botschafter in Rom, Tiby zum Botschafter in Madrid ernannt sei. — Das Syndicat der Wechselagenten in Lyon erhielt ein Schreiben, in welchem gedroht wird, die Börse in die Luft zu sprengen. (Wiederholt.)

Der französische Correspondent der „Times", Herr Oppert aus Blowitz, ist vor einigen Tagen mit der sensationellen Nachricht hervorgetreten, daß die französische Regierung mit dem Bey von Tunis einen geheimen Vertrag abgeschlossen habe, durch welchen der Republik das Protectorat über Tunis übertragen wird. Herr Oppert hat nun schon seit dem Berliner Congreß oftmals die europäische Presse mit so sonderbaren „Enthüllungen" bedacht, welche sich später zumeist als pure Erfindungen erwiesen, daß man seinen Angaben längst keinen Glauben mehr schenkte. Aus diesem Grunde konnten beispielsweise die tendenziösen Aeußerungen, welche der Pariser „Times"-Correspondent kürzlich dem Fürsten Bismarck bezüglich des Suezcanals in den Mund legte, unbeachtet bleiben. Diese Mittheilungen trugen von vornherein den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn und erfuhren dann auch durch die „Nordd. Allg. Ztg." ein energisches Dementi. Anders steht es dagegen, wie es scheint, mit Oppert's jüngster Nachricht über den Geheimvertrag mit Tunis. Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß am 14. Juli zwischen der französischen Regierung und dem Bey ein Abkommen getroffen wurde, wodurch sich die erstere Tunesien ganz in der Stille aneignete und damit die früheren Versicherungen brach. Dieses Vorgehen Frankreichs hat natürlich im Auslande keinen günstigen Eindruck gemacht. Am meisten erbittert wird man in Italien sein, während man in England aus dem Vorfall Capital schlagen möchte, um bei Ordnung der egyptischen Verhältnisse jede Rücksicht auf Frankreich bei Seite schieben zu können. Aus diesem Grunde werden in Paris Anstrengungen gemacht, die Enthüllungen der „Times" dadurch abzuschwächen, daß die Einzelheiten derselben officiös als ungenau bezeichnet werden. Außerdem aber protestiren die französischen Blätter, soweit sie sich mit dieser Angelegenheit bereits befassen, lebhaft dagegen, daß England ein Vorgehen Frankreichs in Tunis als einen Präcedenzfall zu Gunsten seiner eigenen Prätentionen in Egypten auffassen möchte. So meint z. B. die „Liberté", England wage sich damit auf ein gefährliches Gebiet, denn betreffs Tunis könne Frankreich auf Cypern hinweisen. Der „National" äußert, wenn auch Frankreich sich in Tunis selber festsetze, so werde es darum nicht weniger energisch in Kairo sprechen. „Paris" entwickelt sogar, daß Frankreich ein absolutes, unbestreitbares Recht habe, die Capitulationen sowie die Finanzcommission in Tunis abzuschaffen, ohne Jemanden in Europa um Erlaubniß zu fragen, und Frankreich werde weder „naiv noch träge genug" sein, um seinem legitimen Einfluß in Egypten damit in Verbindung bringen zu lassen.

Am Donnerstag fand eine Sitzung des englischen Unterhauses statt. Unterstaatssecretair Dilke antwortet auf mehrere Anfragen, es sei keine Convention, betreffend die Kosten der Occupationsarmee, abgeschlossen. Diese Frage werde aber gegenwärtig erwogen. Bezüglich des französisch-tunesischen

SLUB
Wir führen Wissen.